

Diese Forderung und auch die Zurückziehung des Grenzschutzes aus dem Rhein wurde später noch unzählige Male von den örtlichen Arbeiterräten gestellt. Dörfling lehnte ihre Erfüllung mit der Behauptung ab, daß Belagerungs- und Grenzschutz zum Schutz gegen die Räuberbanden notwendig seien. Es ist aber festzustellen, daß das Räuberwesen in Oberschlesien erst seit der Zeit überhand genommen hat, da sich das Land der Segnungen der Dörfling'schen Gewaltpolitik erfreut.

Mit der Ratifizierung des Friedensvertrages und in Erwartung des Einmarsches von amerikanischen Soldaten in Oberschlesien mußte schließlich aber doch mit dem Abbau des Grenzschutzes begonnen werden. Am 1. August sollten die Beamten, die bisher als Grenzschutzleute tätig waren, wieder in die Gruben zurückkehren. Dagegen lehnten sich die Belegschaften einmütig auf, sie wollten mit Leuten, die sich monatelang als Mittel gegen sie hatten gebrauchen lassen, nicht zusammenarbeiten. Es kam darüber zu einem Beamtenstreik, der einige Gruben zum Stillstand brachte, in anderen aber wirkungslos verpuffte, weil der Betrieb auch ohne die Beamten fortgesetzt werden konnte. Nun erschien der Bergverwalter Mann auf dem Plan. Er drohte mit Stilllegung der Betriebe, wenn der Widerstand gegen die Grenzschutzleute nicht aufhöre. Jetzt erklärten sich spontan die Belegschaften der anderen Gruben, mit den von der Schließung bedrohten solidarisch, der allgemeine Bergarbeiterzustand war ausgebrochen, ihm schlossen sich die Arbeiter der anderen Industrien an.

Es ist richtig, daß die Gewerkschaften mit diesem Streik nichts zu tun haben. Er ist sogar gegen den Willen der ober-schlesischen Gewerkschaftsbeamten ausgebrochen. Aber falsch ist es von ihnen, sich von Herrn Dörfling einreden zu lassen, daß es sich um einen wilden Streik handele. Es hat sich bisher gezeigt, daß eine solche Etikettierung zu nichts führen kann. Der Streik hat aber auch nicht das mindeste mit „partialischem“ oder polnischem Umtrieben zu tun, wie es in den offiziellen Meldungen behauptet wird. Er ist lediglich der einmütige Willensausdruck der gesamten ober-schlesischen werktätigen Bevölkerung, nun endlich mit der skandalösen Unterdrückungspolitik Schluss zu machen. Wenn es sich wirklich nur um einen wilden Streik handelte, so hätte er nicht schon zwei Wochen lang dauern können. So wäre er schon nach wenigen Tagen zusammengebrochen. Daß infolge der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung eine „partialisches“ oder polnische Agitation gar nicht möglich ist, haben wir früher schon ausgeführt.

Statt im letzten Augenblick zu retten, was für Deutschland überhaupt noch von Oberschlesien zu retten ist, sieht die Regierung zu, wie Herr Dörfling auch jetzt noch dort seine bornierte Politik fortsetzt. Er hat den Arbeitern wieder einmal mit dem Arbeitszwang gedroht, er glaubt, sie mit brutaler Gewalt wieder zur Tätigkeit zwingen zu können. Mit einer derartigen Methode kann man möglicherweise einen örtlich begrenzten und vorübergehenden Erfolg erzielen, auf die Dauer muß sie die Voge nur noch verschlimmern. Da die Bevölkerung vollkommen ruhig ist, werden schließlich Putzschüsse in Genesung und Zusammenstöße vorbereitet. Massenhaft werden Hausdurchsuchungen abgehalten, Spitzeltruppen flühen über angebliche Aufstandsversuche fabrizieren, die der Welt dann als echte Dokumente vorgestellt werden. Schluß sind die Verhaftungen, die von den Soldaten vorgenommen werden. Als hat den Anschein, als wenn ganz Oberschlesien in ein Buchhaus verwandelt werden soll.

Wir fordern die Regierung auf, diesen unerhörten Zuständen ein Ende zu machen. Von den beiden Aufgaben, die in Oberschlesien zu lösen waren, ist die eine, die Erhaltung des Landes für Deutschland, gänzlich verfallen; es bleibt jetzt nur noch die andere Aufgabe, die ober-schlesische Produktion wenigstens solange noch für uns nutzbar zu machen, als der Welt dem Ratten noch noch zu uns gehört. Zu diesem Zwecke muß der Belagerungsstand über Oberschlesien sofort aufgehoben, die Regierungstruppen müssen zurückgezogen, die politischen Befugnisse freigegeben, die Freiheit des Wortes in Rede und Schrift muß wiederhergestellt werden. Vor allem ist dieser Dörfling mit sämtlichen Kreaturen, die

in seinem Gefolge sind, aus Oberschlesien zu entfernen. Er fällt die Regierung diese Forderungen nicht, so fügt sie zu der einen Schuld, den Verlust Oberschlesiens für das Reich verursacht zu haben, die zweite Schuld hinzu, die deutsche Volkswirtschaft in eine Katastrophe mit unabsehbaren Folgen hineinzutreiben!

Erstschossene Polen.

Eigene Drahtnachrichten der Freiheit.

Rattowitz, 18. August.

In der Nacht zum Sonntag, den 17. August, nahm Militär eine Hausdurchsuchung bei sogenannten polnischen Agitatoren vor, die sich auf Palenka, Kreis Rattowitz, und andere Orte erstreckte. Hierbei kam es zu einem Zwischenfall, der aber bei der Art der militärischen Vorgehens erklärlich ist. Zwei Verdächtige wollten fliehen und wurden dabei niedergeschossen. Es sind Arbeiter, die lange Zeit im Gefolge waren. Der eine hat 9, der andere 7 Kinder.

Gleiwitz, 18. August.

Gestern wurde der Bezirksführer der kommunistischen Partei in Oberschlesien, P. i. c. a., verhaftet. Weitere Haftbefehle sind erlassen worden. Das Spitzeltum arbeitet mit Hochdruck. Gleich wurde ins Gerichtsgefängnis Gleiwitz eingeliefert.

Münderer.

Rattowitz, 18. August.

Bei den Münderungen in Rattowitz wurden u. a. auch zwei Mann verhaftet, die sich durch ihre Mitgliedsbücher als Rechtssozialisten, d. h. Parteigenossen des Staatskommissars Dörfling entpuppten. Die Verhaftung wurde durch das Militär vorgenommen.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

In seinem Eifer eine gemeinsame Regierungsbildung zwischen Rechtssozialisten und Unabhängigen mit allen Mitteln zu fördern, ist Herr Hans Deuk ein kleiner Irrtum unterlaufen. Ein Artikel von ihm in der „Welt am Montag“ geht von der Annahme aus, daß in Sachsen Unabhängige und Rechtssozialisten bereits zusammen die Regierung des Landes gebildet hätten.

Unsere Leser wissen, daß diese Annahme falsch ist. Die Landesversammlung der Unabhängigen in Leipzig hat, wie sowohl aus unserem Bericht über die Beschlüsse der Landesversammlung in Nr. 387, wie aus dem Artikel in Nr. 390 hervorgeht, der uns aus Leipzig zugegangen war, daß die Landesversammlung den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung von der Erfüllung einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht hat. Diese Bedingungen verlangen, wie dem „Vorwärts“ gesagt sei, den wie immer so auch diesmal seine politische Unkenntnis hindert, diesen Sachverhalt zu begreifen, von den Rechtssozialisten in Sachsen die völlige Aufgabe der von ihnen bisher im Reich und in Sachsen betriebenen unsozialistischen Politik. Außerdem hat die Landesversammlung beschlossen, daß selbst, wenn die Rechtssozialisten die von den Unabhängigen gestellten Forderungen erfüllen, erst nochmals eine Landesversammlung einzuberufen sei, um den endgültigen Beschluß über den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zu fassen.

Bevor es also zu einer gemeinsamen Regierungsbildung zwischen Unabhängigen und Rechtssozialisten in Sachsen kommen kann, müssen die Rechtssozialisten zuerst den Beweis liefern, daß sie ihre unsozialistische Politik aufgeben wollen, die zu der Gefährdung aller Errungenschaften der Revolution geführt hat. Weder Herr Deuk noch der „Vorwärts“ haben also Anlaß zu einer verfrühten Freude.

Ein früherer Kriegsminister über die Bundesgenossen.

Der Kriegsminister a. D. von Stein, der zu Beginn des Krieges Generalquartiermeister war, äußert sich in seinen „Erinnerungen“ über die Bundesgenossen Deutschlands feldensmäßig:

„Die Bulgaren waren in geschäftlicher Beziehung recht un-

dequem. Sie verlangten alles ohne Gegenleistung und glaubten, ein Recht zu haben. Ob ihnen in dieser Beziehung Versicherungen gemacht sind, habe ich bis zuletzt nicht ergründen können. Sie konnten wichtige Bundesgenossen sein, so lange sie kräftig und treu blieben. Daher mußte das an sich arme Land unterstützt werden. Befestigung und Einzug in Belgrad ihre Rolle. Die Nachhader sorgten von Ems wegen für sie wie das im Orient üblich und auch in demokratischen Staaten nicht unüblich ist. In Sofia hörte ich eine Erzählung von einem Minister, der gesagt haben sollte: „Der A. hat so und so viele Millionen gemacht, das ist unanständig. Aber ein paar Millionen möchte ich doch auch haben.“ Es war selbstverständlich, daß die abnehmenden Offiziere und Beamten von den Lieferanten Geld nahmen. Die Hauptlieferer waren Deutsche. Aber auch Österreich suchte den Markt zu behaupten, bisweilen durch ungesetzliche Lieferungen an sie selbst.“

Bulgarische Kameraden erzählten ganz offen, der Präsident Malinow und der Oberkommandierende Ludow hätten von der Entente Geld genommen und den Bulgaren in das Meer getragen.“

Der österreichische Offizier war meist ein Nebenwächter und gewandter Mensch. Das darf nicht über seine Leichtgläubigkeit und Leichtfertigkeit hinwegtäuschen. Bei jungen Leuten ist ein solches Wesen verständlich. Es fand sich aber auch mit allen Auswüchsen bei Leuten, die gereift und zuverlässig sein sollten. Man behauptet nicht mit Unrecht, daß der Orient bei Wien anfängt. Seine bekannten Eigenschaften, Verschwendung und Kleinlichkeit, sind dort nicht fremd. Sie reichen bis in die höchsten Stellen hinauf. Böse Jungen behaupten sogar, daß Kaiser Karl fremdem Gelde nicht abgeneigt gewesen sei.“

So schreibt der frühere Kriegsminister über die während des Krieges verhassten Bundesgenossen, nachdem die für sie verkleuberten Milliarden sich für die deutschen Militaristen als unvorteilhafte Kapitalanlage erwiesen haben. Die Kennzeichnung der „mühseligen“ Kreise in Bulgarien und Oesterreich-Ungarn durch Herrn v. Stein verliert dadurch nichts von ihrer Bedeutung. Sie zeigt erneut, in welche unsauberen Händen das Schicksal der Völker lag, deren Söhne zu Hunderttausenden auf den Schlachtfeldern hingenommen wurden, damit die hohen Militärs und die Verleumdern sich die Taschen füllen konnten.

Zur Verstaatlichung der Heder Hütte.

Eine allgemeine Belegschaftsversammlung nahm den Bericht des Betriebsrates über seine Tätigkeit in der Frage der Verstaatlichung des Unternehmens entgegen. Im Anschluß daran legte Genosse Karsten der Versammlung die Unterredung der Verstaatlichung und der Sozialisierung dar. Eine lebhaft debattiert wurde, in der schließlich der Verstaatlichung der Heder Hütte einhellig zustimmend wurde. Das Ergebnis der Versammlung war die Annahme einer Entschließung, die dem Reichstagspräsidenten übermittelt wurde und in der es heißt:

„Durchdrungen von der Notwendigkeit der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, beruht die Belegschaft jeden Schritt, der aus der privatkapitalistischen Produktionsweise zur sozialistischen führt. Nur eine sozialistische Wirtschaftsordnung kann die Folgen des Krieges beseitigen und dem deutschen Volke eine lebenswerte Zukunft sichern. Was in der Kraft der Arbeiterschaft liegt, soll geschäftlich um die sozialistische Gesellschaftsordnung anbauen zu helfen.“

In der beabsichtigten Verstaatlichung der Heder Hütte kann die Arbeiterschaft des Wertes keineswegs zurückbleiben zum Sozialismus erbliden. Die Sozialistische Bureauführung ist nicht in der Lage, die sozialistische Produktion zu regeln, den Produzenten Arbeitsfreudigkeit zu geben und sie aus ihrer bisherigen Eigenhaft als willenloses Objekt in der Produktionsregelung herauszuheben. Die Verstaatlichung würde nicht ändern an der bisherigen Organisation des Verwaltungssystems in den Betrieben, sondern nach Befestigung der bisherigen Verwaltungsorgane des Betriebskapitalismus die Stellung der Direktion autoritärer gestalten.

Einer solchen Verstaatlichung wird sich die Arbeiterschaft nicht beugen. Der Sozialismus, der fast regelmäßig gleichgestellt wird mit Verstaatlichung, würde in Wahrheit gebracht und bei der produktiv tätigen Bevölkerung des Staates an die große Sache des Sozialismus untergraben.

Die Arbeiterschaft verlangt durchgreifende sozialistische Maßnahmen. Vor allen Dingen die Übernahme der gesamten

geleitet worden wäre, wenn nicht die Novemberereignisse dazwischen gekommen wären.

Die Motive für den vorseher Geschehen sind sozialer Natur. Man will den wirtschaftlich Schwachen helfen, man will die Kosten für die Schwangerschaft, die Geburt und das Wachsen bett sowie den Lohnausfall ihnen nicht aufbürden, ebenso wenig wie die Kosten für die Erziehung eines neuen Kindes. Man vergesse nicht, daß gerade bei den sozial am schlechtesten gestellten Kreisen die häufigsten Geburten vorkommen. Das Sozialistische System dagegen wird nicht von Arbeitern durchgeführt, sondern von Rentnern. Daraus folgt auch, daß die Sterblichkeitsziffer bei Säuglingen und bei kleinen Kindern bei reich und arm so verschieden ist. Klar ist auch, daß in solchen Fällen die Erziehung der übrigen Kinder durch jedes neue Kind stark gehemmt wird, zumal bei Arbeitern, wo die Frau gezwungen ist, auf Erwerb zu geben.

Häufig wird auch die Moral zur Verteidigung der Weiblichkeit der Schwangerschaftsunterbrechung herangezogen. Ganz mit Unrecht. Es soll unmoralisch sein, mehr Kinder in die Welt zu setzen, als man ernähren und sozialistisch ausbilden kann? Man vergesse doch nie, daß diese ganze Behauptung lediglich den kapitalistischen Interessen entspricht und im Grunde genommen nicht mit Moral und Sitte zu tun hat. Die bürgerliche Weltanschauung bedarf einer zahlreichen Nachkommenschaft um ihren Fortbestand zu sichern und vor allem um eine möglichst große Reservearmee der Industrie und Landwirtschaft zu haben. Es ist für den Staat auch ganz gleichgültig, ob die neugeborenen Kinder moralisch, geistig aufgeweckt sind, oder ob es Idioten sind. Nur in wenigen Staaten Amerikas und in zwei Arrondissementen der Schweiz hat man aus Kostengründen mit dieser Anschauung gebrochen. Man macht hier Männer und Frauen dauernd unfruchtbar, wenn sie an gewissen krankhaften vorerkrankten Zuständen leiden, aber heiraten wollen.

Aus allen diesen Gründen, die hier im Rahmen eines Sozialdemokratischen Kampfes nur gestreift werden konnten, geht klar hervor, daß die Verstaatlichung der Heder Hütte nur ein Mittel ist, um die Arbeiterschaft zu unterwerfen. In einem sozialistischen Staat werden die meisten Gründe fortzufallen und man wird es dann dem Arzt und den Eltern überlassen, jeden Einzelfall zu prüfen.

Das vorseher Gesetz bedeutet also gewissermaßen einen großen Schritt, wenn ihm auch einzelne Defizite noch anhaften. Die Verstaatlichung der Heder Hütte auf drei Monate durch nicht

Gegen das Verbot der Abtreibung!

F. B. Der Große Rat des Kantons Basel Stadt hat in erster Sitzung am 22. Mai einen Antrag Dr. Wetzl zugestimmt, der folgenden Wortlaut hat: „Die Abtreibung bleibt straflos, wenn sie bei ehelicher Schwangerschaft in gegenseitigem Einverständnis der Ehegatten, bei außer-ehelicher Schwangerschaft mit Einwilligung der Schwangeren erfolgt, vorausgesetzt, daß die Frucht nicht älter als drei Monate ist und ihre Entfernung aus dem Mutterleibe durch einen patentierten Arzt vorgenommen wird.“

Geht dieser Gesetzentwurf auch in zweiter Lesung durch, so wird damit zum ersten Male in einem deutschsprachigen Lande die Abtreibung straflos. Allerdings hat sich in Zürich bereits der Gebrauch ausgebildet, daß in früherer Zeit der Schwangerschaft die Schwangeren bei künstlicher Unterbrechung der Schwangerschaft straflos bleibt, nicht aber der den Eingriff vornehmende. Fremdsprachige Länder sind hier vorausgegangen, z. B. Belgien, das Schwabens der beiden bürgerlichen Frauen, die dorthin reisen, wenn sie eine ihnen unerwünschte Schwangerschaft beseitigen wollten.

Daß die bürgerlichen Kreise Basel, die vorher nicht gefragt worden sind, gegen das neue Gesetz entschieden Front machen, daß sie dabei die Gefahren des künstlichen Abortes in den Vordergrund stellen, ist selbstverständlich und wird nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Sie glauben, daß die Frauen von der Möglichkeit der künstlichen Schwangerschaftsunterbrechung unbegrenzten Gebrauch halt widerlegt zu werden verdient. Denn der künstliche Abort ist eine Operation, die mit großer Gefahr verbunden ist, und die eine nicht zu kurze Nachbehandlung von mindestens 5 Tagen Bettruhe und einigen Tagen weiterer Schonung erfordert. Da jeder Arzt gegebenenfalls die Mutter auf die Gefahren aufmerksam machen wird, so wird hierdurch allein schon die Zahl der Aborte eingeschränkt. Ich glaube auch nicht, daß die Gefahr der Aborte größer ist, als die der normalen Geburt. Die statistischen Angaben hierüber sind absolut unbrauchbar. Man kennt wohl einigermaßen genau die Zahl der Fälle mit unglücklichem Ausgang, nicht aber die Zahl der Aborte überhaupt. Wenn die Sterblichkeitsziffer in den Kliniken relativ groß ist, so liegt dies daran, daß es sich hierbei fast nur um kriminelle Aborte handelt, die vorher unvorsorglich eingeliefert worden sind. Die heutigen bürgerlichen Kreise, denen die Meinung der Frauenmänner am wenigsten ist, lehnen so fast gewöhnlich die Verneinung des Abortes ab.

Von bürgerlicher Art ist auch die Besetzung des

die Zahl der Geschlechtskrankheiten zunehmen werde, „wenn für den Mann, der sein Vergnügen sucht, noch das letzte Gemisshilflich vor der Gravidität wegfällt“. Auch dieser Einwurf ist nicht stichhaltig. Gerade das Gegenteil dürfte zutreffen. Die meisten Männer befriedigen sich während der letzten Monate der Schwangerschaft ihrer Frauen und ferner während der ersten Zeit des Wochenbettes anherbeisch, und dabei akquirieren sie mehr oder minder oft eine Geschlechtskrankheit und stecken so später ihre Frau und eventuell ihre Kinder an. Es sei auch auf die bekannte Tatsache hingewiesen, daß gerade die Furcht vor Familiengrowth viele Männer veranlaßt, sexuellen Verkehr mit öffentlichen Mädchen zu pflegen.

In Ländern mit großer Fruchtbarkeit, wie in Rußland, sind die wissenschaftlichen Ansichten für die Unterbrechung der Schwangerschaft ziemlich weise, den gesundheitlichen Interessen der Mutter fast entsprechend, während sie dort, wo das Zwei-Kinder-System herrscht, immer strenger und strenger gezogen werden. So sahete z. B. der berühmte Pariser Geburtshelfer Binard aus: „Weder die Mutter, noch der Vater, noch der Arzt haben unter irgendwelchen Umständen die Berechtigung, dem Kinde im Mutterleib das Leben abzusprechen“, eine Stellung, die zwar sehr „patriotisch“ sein mag, aber niemals für einen Arzt stimmend sein dürfte. In Deutschland wurden die Indikationen von den Ärzten im selben Maße enger gezogen, wie der Bevölkerungszugang droht, oder gar vor sich ging. So verlangte z. B. der Münchener Gynäkologe Dr. „drakonische Strafen“, obgleich die Strafen des deutschen Strafrechtes schon barbarisch genug sind. Es wird in Deutschland die Abtreibung bekanntlich mit Justizhaus bis zu 5 Jahren bestraft, wenn mildernde Umstände vorliegen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten. Dabei ist auch der Versuch strafbar, selbst der Versuch mit untauglichem Mittel am untauglichen Objekt. Nimmt eine Frau beispielsweise, die glaubt, schwanger zu sein, ein hornloses Mittel, etwa Jodet, in der Absicht, sich die Leibesfrucht zu entfernen, so wird sie selbst dann bestraft, wenn sie gar nicht schwanger war.“

In den letzten Kriegsjahren, als die Zahl der Geburten immer weiter und weiter zurückging, hat man die Grenzen noch enger ziehen und sogar gegen den Präventivverlebe vorgehen wollen, eine Absicht, die auch sicher mit größter Strenge durch-

*) Diese unheimliche „Recht“prechung beruht allerdings nicht auf dem deutschen Strafgesetzbuch, sondern auf einer Entscheidung des Reichsgerichts. (D. Red.)

Offenerprobuktion in das Wägen des Staates. Hand in Hand damit michte die Uebernahme der Kosten- und Administration gehen.
Die Uebernahme legt dann weiter dar, wie die Arbeiter-chaft sich die Verwaltung des sozialisierten Unternehmens denkt. Sie fordert Zusammenziehung der Verwaltung aus den Kreisen der Konsumenten, der Produzenten und des Staates. Sie verlangt ferner, daß die Reichsregierung wegen der geplanten Maßnahmen sofort mit der Arbeiterschaft in Verhandlungen tritt, und verspricht, volle Mitarbeit am sozialistischen Aufbau des Staates, lehnt aber die Unterstützung kapitalistischer Experimente, wie die jetzt geplante Verstaatlichung, ab.
Damit dürfte dem Lügengewebe, welches von kapitalistischer Seite gesponnen wurde, begegnet sein, daß die Arbeiter-Kapitalisten in ihrem Treiben gegen die Uebernahme der Industrie durch den Staat hilfreiche Hand bieten. Die Motive der Kapitalisten und der Arbeiter gegen die Verstaatlichung sind grundverschieden. Die Kapitalisten wollen seine Verstaatlichung, die Arbeiter keine kapitalistische Verstaatlichung, sondern die Sozialisierung.

Vergewaltigung politischer Festungsgefangener in Bayern.

Die Festungsstrafe galt bisher stets als ehrenvolle Gast. Man ihr war eine Reihe von Erleichterungen verknüpft, die dahin zielten, daß die aufgefesselte Freiheitsbeschränkung sich in den Grenzen des namentlichsten Mindestmaßes bewegte. Nicht nur daß die freie Bewegung innerhalb des Festungsgefängnisses kaum irgendwo gebremst wurde, der Gefangene konnte auch im allgemeinen des Erfolges sicher sein, wenn er für sich Urlaub zu einem Gang in die Stadt oder einem Ausflug in die Umgebung erbat. Sein Verbleibergang ging ohne Schwierigkeiten vorstatten. Fast ohne Unterbrechung war tagüber die Bekanntschaft, Besuche zu empfangen, Offiziere, Akademiker, Studenten, pllegten sich denn auch im allgemeinen in ihrem Festungsgefängnis ganz wohl zu fühlen und gewiß mögen sie nicht selten beneidet worden sein von Staats- und bürgerlichen, die nicht als festungsgefängnisfähig galten, weil sie bei Unglück hatten, keine Offiziere, Akademiker oder Studenten zu sein.

Nun wurden nach dem Zusammenbruch der bayerischen Monarchie durch die Standgerichte eine Reihe von Proletariats-gefangenen verurteilt. Es riefte deshalb die Frage auf, ob sie sich wohl auch der gleichen Vergünstigungen erfreuen dürften, durch die früher den Offizieren die Strafzeit leicht gemacht worden war.

Indes Sozialisten und Proletarier sind keine Offiziere. Die bestehende Verordnung für Festungsgefangene ist in ihrem Wortlaut herab allgemein gehalten, daß sie mildere und strengere Auslegungen zuläßt. Die verurteilten Sozialisten müßten logischermaßen, daß für sie nur eine strenge Auslegung in Frage komme. Ihnen begegnete schon gleich nach ihrer Verurteilung das Anerkennen, daß sie auf dem ganz gewöhnlichen Schulwege durch Verbarmen begleitet, zusammen mit gemeinen Verbrechern in Schulstricken, von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt wurden, bis sie endlich nach drei bis neunwöchiger qualvoller und schmerzlicher Reise den Strafverbauungsort erreichten. Nicht genug aber mit dieser Demütigung. Auf dieser Reise wurden sie in vielen Fällen auch noch gefesselt durch belebte Orte zu den Schubgefängnissen geführt.

Eine der ersten Verfügungen des Justizministeriums enthielt den politischen Festungshäftlingen die Vergünstigungen des Urlaubs. Die Bewegungsfreiheit innerhalb des Gefängnisbereichs wurde auf die Dauer von fünf Stunden beschränkt. Die Empfangszeit für Besuche erhielt die gleiche Vorengrenzung; in einem Festungsgefängnis gesellte sich die Verhinderung hinzu, daß der Besuch nur zwei Tage am Ort verweilen darf.

Diese Einengungen und Straferleichterungen wollen jedoch dem bayerischen demokratischen Justizminister noch nicht Genüge sein. Schon trägt er den Entwurf zu einer neuen Hausordnung für die Festungsgefängnisse in der Tasche; in kurzer Zeit soll diese Hausordnung zur Durchführung kommen und dafür Sorge für die Festungsgefangene in Zukunft ebenso harte ausgedeutet werden, wie sie bisher rücksichtsvoll und nachsichtig ausgelegt wurden.

Die Briefe sollen strenger Zensur unterstellt werden. Erlaubt soll in Zukunft nur noch sein, den Angehörigen und Freunden zu erzählen, wie schlecht und unzureichend die Kost-

stoffe häufig der Sonnenhitze vor den brennenden Fenstern und den hohen Mauern und wie kalt die feineren Fußböden in den Zellen sind. Ist der Häftling von Beruf Schriftsteller, so hat er die Wahl, entweder Artikel zu schreiben, die den politischen Ansichten des Justizministers entsprechen, oder dem wirtschaftlichen Ruin überliefert zu werden, entweder ein Gefängnisgump zu sein oder zu verhungern. Ruffäre, die nicht einmal gegen die Regierung gerichtet sind, sondern nur ein kritisches Wort über die demokratische Partei enthalten, werden zurückgehalten.

Die Versuchdauer wird eingeschränkt. Beim Verlassen des Gefängnisses wird der Besucher eingehend durchsucht, damit er nicht in der Tasche ist, ungenutzte Briefe und Schriftstücke zu beschaffen.

Als die Standgerichte ihre Urteile fällen, galten noch die milden Aufzählungsbestimmungen in den Festungsgefängnissen. Wir fragen: Ist es angängig, nach dem Urteil einfach auf dem Verordnungswege Straferleichterungen einzuführen, die die Strafe härter machen, als es im Sinne der Richter gelegen war?

Wir fragen ferner: Wie will es eine Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, verantworten, die Vergünstigungen einer Straftat nur deshalb zu beseitigen, weil sie nicht mehr Offizieren, sondern Proletariats- und Sozialisten zugute kommen sollen?

Wir fragen drittens: Glaubte die bayerische Regierung wirklich, mit der Abschneidung politischer Festungsgefangener von der Außenwelt etwas für die Verhütung der Gefährlichkeit geleistet zu haben? War sie nicht im Gegenteil fürchten, mit ihren Unterdrückungsmaßnahmen eine so nachsichtige Erbitterung bei den Gefangenen, ihren Angehörigen und Freunden zu schaffen, daß nicht öffentliche Verurteilung, sondern die stärkste öffentliche Verurteilung erzielt wird?

Wir fragen endlich: War nicht jeder Staatsbürger, gleich welcher Partei er sein mag, mit Entzückung dagegen Protest erheben, daß die bayerische Regierung politisch Andersdenkende brutal inhaftet, daß sie mit roher Willkür die gewiß schon barbarischen Strafen der Standgerichte noch verschärft und damit den Richter zu unangenehmen der Verurteilten in geradezu unverantwortlicher Weise vorzögelt?

Handgreifliche Auseinandersetzung.

Wir lesen in der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Mitteilung:
„Unser früherer Kriegsberichterstatter W. Schürmann teilt uns mit, daß er bei einem zufälligen Zusammen- treffen mit Herrn Siegfried Jakobson Gelegenheit genommen hat, diesen wegen seiner unqualifizierbaren An- wärte persönlich zur Rechenschaft zu ziehen. So bedauerlich derartige Konflikte auch immer sind, jeder, der die Art dieser Anwürfe kennt, wird eine handgreifliche Behandlung der Angelegenheit begreiflich finden.“

Es bedurfte nicht erst dieses Zeugnisses der „Deutschen Tageszeitung“, um zu erfahren, daß Leute dieser Sorte das durch Schamlosigkeit zu erregen suchen, was schon an Kenntnissen und Fähigkeiten abgeht. Insbesondere bedurfte es bei Herrn Schürmann dieses Beweises nicht mehr.

Frei Wert wird schmören.

Wolffs Telegraphen-Bureau teilt mit: Die Nationalversammlung hat die feierliche Vereidigung des Reichspräsidenten auf die Verfassung für Mittwoch, den 20. August, 11 Uhr vormittags, in der Nationalversammlung angelegt.

Einstellung des Schnellzugverkehrs in Oesterreich. Wegen Streikschloß wurde der gesamte Schnellzugverkehr auf den deutsch-österreichischen Staatsbahnen eingestellt.

Aus aller Welt.

Unglück auf Schloß Lichtenstein.

Auf dem Schloß Lichtenstein brach am Sonntag nachmittags bei alkoholischem Anbruch von Besuchern die Augbrücke, die über einen Felsen in das eigentliche Schloß führt. Etwa 80 bis 90 Touristen, darunter auch Frauen und Kinder, stürzten in den an dieser Stelle etwa zehn Meter tiefen Graben. Die Rettungsarbeiten nahmen geraume Zeit in Anspruch. Die

Darsteller der männlichen Rollen, W. Schumski in der Rolle des Leontow und A. Barjagin in der Rolle des Baranowski ein wenig in den Hintergrund. Wie ein Nistkasten werte lebendig die große Gesellschaftszene im dritten Akt, für die offenbar ungekühlte Glühbirnen herangezogen werden mußten. A. S.

Das Gespielt russischer Schauspieler im Deutschen Theater bringt am Sonntag, den 26. ds. Mts., 8 Uhr nachmittags, das fünfaktige Schauspiel „Herbstliche Weigen“ von Surquifin in russischer Sprache zur Wiederholung. Sonntag, den 27. ds. Mts., 8 Uhr nachmittags, findet im Rahmen des Gastspiels, die Erläuterung des dreiläufigen Schauspiels „Roman“ aus dem englischen von Edward Childon, statt.

Die „Oper der Vieltausend“.

Man schreibt uns:
Ein vorbereitender Ausschuss zur Gründung einer großen Volkoper in Berlin, dem u. a. auch der neue Leiter der Staatoper, Professor Max von Schilling, angehört, hat die Initiative ergriffen, um das große Projekt zu verwirklichen. Für die Oper stehen einer Einwohnerviertel von über 8 1/2 Millionen bisher nur die Staatoper und die Charlottenburger Oper zu Verfügung. Beide Häuser reichen bei weitem nicht aus, um die Oper zum Gemeingut des Volkes zu machen.
Die preussische Staatsregierung steht dem Plan der vollen Volkoper sympathisch gegenüber. Es soll sich nicht um eine Konkurrenz der bestehenden Opernhäuser handeln, es ist vielmehr eine künstlerische und wirtschaftliche Gemeinschaft mit der Staatoper unter der Leitung von Professor Max v. Schilling ange- strebt. Zur Errichtung der Volkoper hat die Stadt Schöne- berg unter günstigen Bedingungen ein geeignetes Gelände zur Verfügung gestellt, das zwischen Haupt-, Rudens- und Innsbruder Straße gelegen ist.

Der Entwurf des Baues, der auf die bisher übliche Abfassung nach Gesellschaftsklassen verzichtet, kommt von den Architekten Professor Wilhelm Kreis und August Jung in Düsseldorf, die einen Raum planen, der sämtlichen Besuchern mög- lichst gleichwertige Plätze bietet. Das Theater soll mindestens 4000 Plätze fassen, von denen zwei über ein Drittel mit etwa drei Mark an die Besucher abgegeben werden sollen.

Man hofft, daß die Eröffnung der „Oper der Vieltausend“ be- reits im Herbst 1921 erfolgen kann.

In dem Schloßpark abgeschalteten Besucher mußten durch Bäume ins Freie gedrückt werden. Tote sind bis jetzt nicht gemeldet worden, sieht man von 8 Schwerverletzten und etwa 20 Leichtverletzten.

Gewerkschaftliches.

Unabhängige Delegierte zur Generalversammlung der Metallarbeiter.

Wie uns ein Privattelegramm aus Hamburg meldet, sind in der letzten Versammlung der Metallarbeiter sämtliche neun unabhängige Kandidaten als Delegierte zur Generalversamm- lung gewählt. Trotz eifriger Propaganda der Rechtssozialisten, konnten diese keinen Kandidaten durchbringen.

Lohnbewegung der Schornsteinfeger Berlins.

Einer der rühmlichsten Verufe ist der des Schornsteinfeger-Verbands. Trotz seiner schweren und 3-jährigen Arbeit bezieht er heute noch einen Wochenlohn von 75 Mark und diesen erst seit dem 1. Juli d. Jahres. Ein Antrag über 100 Mark Lohn, der in der Versamm- lung im Juli einstimmig angenommen wurde, führte zu einer Vorhandlung der Meister und Gesellen. Die Meister erklärten sich bereit, vom 1. Oktober ab 85 Mark zu zahlen. Trotzdem der Vorstand der Gesellen bis auf 60 Mark herabging, war eine Einigung nicht zu erzielen. Die Delegierten der Gesellen zogen es vor, die nächste Versammlung zu besetzen und abstimmen zu lassen, ob das Anerbieten der Meister angenommen werden soll. In der am 18. d. Mts. stattgefundenen Versammlung der Gesellen wurde der Beschluß der Meister abgelehnt und ein vorliegender Antrag von 120 Mark angenommen. Diese hat zu gerechtfertigter Forderung soll mit allen zu Gebote stehenden Mitteln erkämpft werden.

Groß-Berlin.

Die preussische Staatskarosse.

Wir haben in Potsdam noch ein Hofmarschallamt, und ein Oberhofmarschallamt. Wo es noch da ist, wissen wir nicht, aber es ist noch da. An seine Existenz wird man er- innert durch eine Bekanntmachung, wonach am 21. August die preussischen Staatskarossen und 60 Hofwagen versteigert werden sollen. Bei dem Bestreben der Kriegsgewinnler, ihr Geld der Besteuerung zu entziehen und es in Werten anzu- legen, besteht kein Zweifel, ob sich genügend Käufer finden werden, die sich einen Hofwagen oder eine preussische Staats- karosse zulegen werden.

Die Bekanntmachung von der Versteigerung erinnert an den Glanz der königlich-preussischen Zeit, in der die Staatskarosse und der Hofwagen eine große Rolle spielten. Auf diese Wagen hatte zunächst die königliche Familie und alles was mit dem Hofe zusammenhing Anspruch. Die Ein- holung der fremden Potentaten bei ihren Besuchen erfolgte durch diese Wagen. Bei den vielen kostspieligen Reisen, die besonders Wilhelm unternahm — er mußte doch überall hin — wurden oft auch Hofwagen mitgenommen und per Bahn selbst nach Korfu befördert.

Eine eigene Rolle spielte der Hofwagen, der bei Ge- burtsfesten in Anspruch genommen wurde. Die Wagen waren nicht denkbar ohne ein paar Lakaien mit dem Feder- busch. Der gehörte zur Repräsentation, sagte man. In Wirklichkeit war das alles nur politische Demonstration, durch die man dem Volke seine Macht zeigen wollte und die Ohnmacht der breiten Masse, die das auch glaubte. Die Masse wurde durch ein raffiniertes Erziehungssystem zur Gottergebenheit, zur Knochenseligkeit erzogen. Es war widerwärtig zu sehen, wie oft betäubende die Strohen- summen und vor einem Hofwagen in Verzückung gerieten. Nur schrien bis zum Erbrechen, selbst wenn der Hofwagen leer war. Der Wagen war oft kaum zu sehen, so redten Tausende unter den Bänden sich die Gasse aus, wer wohl im Wagen sitzen könnte.

Möchte diese Zeit, an die uns die preussische Staats- karosse erinnert, nie mehr wiederkehren. Das liegt aber am Proletariat selber.

Wegen den kommunalen Arbeiterrat. Dem Beispiel anderer westlicher Carotte folgend hat auch der Steglitzer Gemeinderat dem Arbeiterrat die weitere Benutzung des bisher von ihm inne- gehaltenen Raumes auf dem Rathause verweigert. Der Arbeiterrat, dessen Bestehen dadurch natürlich in keiner Weise berührt wird, ist infolgedessen gezwungen, seine Sprechstunden in einem Lokal ab- zuhalten. Diese finden zweimal in der Woche (Dienstag und Freitag) von 4 1/2—6 1/2 in dem Lokal von Behle, Seestraße 2, statt.

Eine Klagenlage von Arbeitern gegen die Firma Schwarz- kops beschäftigte das Berliner Gewerbegericht. Am 14. Mai 1919 wurden die betreffenden Arbeiter wegen einer Betriebs- störung nach Hause geschickt. Für den Verdienstausfall nahmen sie die Firma Schwarzkopfs in Anspruch und brachten sich auf einen Vorprozess, in welchem die Firma unterlegen sei. Es wären ein Transformator, ein Dieselmotor und eine Lokomotive vorhanden; die Betriebsstörung wäre nicht eingetreten, wenn die Firma nicht die Reparaturen vernachlässigt hätte. Auch hätte die Firma mit dem Arbeiterausschuss keine Vereinbarung ge- sucht, sie seien vielmehr um 8 Uhr vormittags nach Hause ge- schickt worden. Die beklagte Firma war hingegen der Ansicht, daß sie an der Betriebsstörung nicht das geringste Verschulden trage, unglücklicherweise seien die zwei Dieselmotore auch ent- zwei gemeldet; die Lokomotive sei schon im November zur Repa- ratur gebracht worden, infolge der vielen Stricks sei die Repa- ratur noch nicht fertig geworden. Auf alle Fälle komme ihr die Vorschrift des § 113 der Gewerbeordnung zugute. Das Ge- werbegericht, 5. Kammer, verurteilte aber die Firma nach dem Klagenantrag.

Wichtige Neuerscheinung! Soeben erschienen!

Der moralische Zusammenbruch der S. P. D. Preis 50 Pfennig

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. S. m. b. H., Berlin NW6, Abteilungs-Dauzbandel, E. S. Bauerdam 14

fehlt und bringt für Arzt und Mutter die Gefahr der Bestrafung wegen Ueberschreitung dieses Zeitlimits. Wenn man überhaupt eine Begrenzung festsetzen will — ein solches ist ja immer mög- lich — so sollte man sagen, daß die Schwangerschaftsunter- suchung erlaubt ist, solange noch keine Herzklappe der Frucht zu hören sind. Hier hätte man wenigstens ein objektives Zeichen, und man könnte vielleicht mit einem Recht sagen, daß von diesem Zeitpunkt an, der Fötus für unser Empfinden vielleicht schon geboren ist und nicht mehr ein Teil der Mutter.

Zum Schluß sei noch auf eine Konsequenz aufmerksam ge- macht, die sich aus diesem Befehle ergibt. Die Schwangerschafts- untersuchung birgt immer gewisse Gefahren in sich. Sie wird daher nur das letzte Mittel sein dürfen, um einen unwillkommenen Fötus zu verhin- dern. Wenn man sich also auf den Standpunkt stellt, daß die Eltern das Recht der Abtreibung haben, und auf diesem Standpunkt wird man sich halten, so folgt daraus, daß man vor allen Dingen den Männern und besonders den Frauen Aufklärung wid schaffen müssen über die Verhinderung der Empfängnis, d. h. daß man die Arbeit der sozialistischen Bewegung in Zürich und des Dr. Bernheim in Deutsch- land ausweitern und großzügig erweitern.

Russische Gastspiele im Deutschen Theater.

Herbstliche Weigen von J. Surquifin.

Das erste Gastspiel einer russischen Schauspieltruppe im Deutschen Theater. Licht russische Stimmungsmalerei nach Schopenhauer. Ein träumerisches Dahnleben im Provinz- ort. Keine dramatischen Vorfälle oder Begebenheiten. Wis- sentlich die intuitiv aufdrängende Erkenntnis den tragischen Konflikt herausbeschiedet. Aber auch dieser Konflikt führt zu keinem äußeren Zusammenstoß. Die Beziehungen zwischen den handelnden Personen bleiben fast unverändert. Aber sie selbst ändern vor den Augen des Zuschauers: das junge und abhängige Weib teilt in einem Augenblick zum Weibe heran, während die reife Frau in das graue Alter hinabsinkt. Die fallenden herbit- lichen Blätter und die legenden Töne herblicher Weigen symbo- lisieren die Tragik der handelnden Personen, die unausge- sprochene Schuld erfassend, keinen anderen Ausweg als den gegenwärtigen Mitleid leben.

Die Darstellerinnen der Hauptrollen, Frau A. Serge- lewa als Waimara verstanden es meisterhaft, die innere Tra- gik des Stückes zum Ausdruck zu bringen. Neben ihnen traten die

